

PRESSEMITTEILUNG

Deutsche Zentrumspartei lehnt Einlagerung von CO₂ unter dem Boden des Landes ab.

Der Landesverband Schleswig-Holstein der Deutschen Zentrumspartei lehnt die geplante Einleitung von Kohlendioxid unter die den Boden Nordfrieslands und des westlichen Teils des Kreises Schleswig-Flensburg ab. Die Risiken für Tiere und Menschen seien zu groß, stellt der Landesvorsitzende Torben Frank aus Rendsburg fest. Falls es zu Austritt aus dem Boden käme, sei ein Massensterben vorprogrammiert.

Die RWE AG will die Kohlendioxidausstöße ihrer Kraftwerke in Nordrhein-Westfalen nach Schleswig-Holstein leiten und im Erdboden des westlichen Landesteils Schleswig „einlagern“. Damit sollen die CO₂-Emissionen in die Atmosphäre vermindert werden. Das Verbrennungsprodukt CO₂, welches bisher mit Schornsteinen in die Atmosphäre abgeleitet wird, ist als „Klimakiller“ und „Treibhausgas“ in Verruf geraten.

Während es keinen wissenschaftlichen Nachweis gäbe, daß eine globale Klimakatastrophe durch Freisetzung von Kohlendioxid in die Atmosphäre drohe, sei die Gefahr für Menschen und Tiere durch konzentriert aus dem Erdboden austretendes Kohlendioxid konkret. Beispiele gibt es aus vulkanischen Gebieten. Am 21. August 1986 starben am See Nyos in Kamerun rund 1700 Menschen, als Kohlendioxid aufstieg. Auch in vulkanischen Italien kommt es immer wieder zu Unglücksfällen durch aus der Erde aufsteigendes CO₂.

Der Erdboden ist kein geschlossenes System, stellt der Landesvorsitzende fest. Eher solle die Erde hier wie ein Schwamm genutzt werden. „Drücken wir auf einen Schwamm, tritt Wasser aus“, sagt Torben Frank, „eine ungünstige Situation könnte dazu führen, daß das eingelagerte Kohlendioxid an die Oberfläche tritt. Der Tod von etlichen Menschen und Tieren wäre die Folge.“ Daß dieses Risiko in Kauf genommen werde, um die zweifelhaften Klimaziele zu erreichen, zeuge von mangelhaftem ethischen Bewußtsein der Konzernführung der RWE AG und der Landesregierung.

Die Deutsche Zentrumspartei fragt Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, wie er es verantworten könne, mit dem Leben der Bürger seines Landes derart leichtfertig umzugehen!